

Liebe Aktive von Extinction Rebellion,

gerne beantworten wir eure Fragen an uns als Partei:

Sehen Sie die drohende Klimakatastrophe als größte Herausforderung der Menschheit an, welche unsere Lebensgrundlage aktiv bedroht?

Starkregen, überflutete Straßen wie auch extreme Trockenheit und immer häufiger extrem hohe Temperaturen: Längst hat der Klimawandel Dortmund erreicht. Ja, die Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlagen und muss konsequent bekämpft werden.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Dortmunder Bevölkerung umfassend über die Klimakrise und deren Folgen aufgeklärt wird und planen Sie in diesem Zusammenhang den Klimanotstand auszurufen? Wenn nein, warum nicht?

Unsere Ratsfraktion hat im Jahr 2019 einen Antrag eingebracht, in dem der Klimanotstand in Dortmund ausgerufen wird. Leider haben die entscheidenden, inhaltlichen Punkte im Rat keine Mehrheit gefunden. Nach wie vor sind wir der Meinung: Die Lage ist so ernst, dass ein Klimanotstand ausgerufen werden muss. Unsere OB-Kandidatin Daniela Schneckenburger möchte einen Klimarat einberufen, der auch dazu beitragen soll, die Bevölkerung über die aktuelle Lage in Bezug auf die Klimakrise aufzuklären, darüber hinaus aber vor allem Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels in Gang setzen soll.

Werden Sie das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 der Stadt Dortmund an die wissenschaftlichen Erkenntnisse anpassen und dieses früher setzen? Wenn nein, warum nicht?

Wir wollen, dass Dortmund bis spätestens 2035 klimaneutral ist. Maßnahmen, um das zu erreichen, haben wir im Detail in unserem Wahlprogramm beschrieben, das online unter [gruene-dortmund.de/kommunalwahl-2020/](https://www.gruene-dortmund.de/kommunalwahl-2020/) verfügbar ist.

Wie planen Sie für die benötigten Maßnahmen in der Bevölkerung Akzeptanz zu finden und diese in Entscheidungen mit einzubeziehen?

Wir wollen, dass die Stadt bei potentiell kritischen Entscheidungen aktiv das Gespräch mit betroffenen Bürger*innen und ihren zivilgesellschaftlichen Organisationen sucht. Wir wollen „das Wissen der vielen“ rechtzeitig für Planungs- und Entscheidungsprozesse nutzen, damit besser durchdachte, akzeptierte und damit auch schnellere Lösungen herauskommen.

Die Beteiligungsformate sollen möglichst viele Bevölkerungsgruppen ansprechen und ihre Teilnahme ermöglichen. Zudem sollen Zeit und Ort der Veranstaltung so gewählt werden, dass möglichst viele Bürger*innen teilnehmen können und Inhalte jederzeit digital einsehbar sind und kommentiert werden können. Um Transparenz und Beteiligung zu intensivieren, fordern wir die Einrichtung der Stelle eines*r Beteiligungsbeauftragten.

Wir wollen die größtmögliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Entwicklung unserer Stadt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden. Es muss sichergestellt werden, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche diese Möglichkeit nutzen können.

Wir fordern die Einrichtung eines Jugendparlaments mit eigenem Budget und Rederecht in Ratsitzungen und Ausschüssen. Begleitet wird die Arbeit des Jugendparlaments von hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter*innen.

Herzliche GRÜNE Grüße

für den Kreisvorstand

Peter Köhler